

Mut zur aktiven Konjunkturpolitik

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **44 (1965)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337657>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DR. RICHARD LIENHARD

Mut zur aktiven Konjunkturpolitik

«Nicht nur der Liberalismus, sondern auch der Ordo-Liberalismus hat seine Zeit gehabt. Seine Leistung ist groß gewesen. Der Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft der Bundesrepublik, zumal dessen atemberaubendes Tempo, ist zu gutem Teil ihm zu danken. Aber bei der Ordnung der Wirtschaft hat er versagt, weil das Gespenst des ‚Dirigismus‘ jede konstruktive Wirtschaftspolitik ausschloß und weil das Modelldenken einen Einblick in die Vielgestaltigkeit und Vielgestaltbarkeit der wirtschaftlichen Entwicklung verwehrte.»

(Prof. Dr. E. Salin, Basel, aus seinem Referat über «Soziologische Aspekte der Konzentration».)

I.

Am 30. Januar 1965 beschloß der Parteivorstand der SPS mit 48 Stimmen – bei wenigen Enthaltungen – Zustimmung zu den beiden Konjunkturvorlagen, die am 28. Februar 1965 zur Abstimmung gelangen werden. Diese an Einmütigkeit grenzende Stellungnahme zugunsten der Ja-Parole vermag nichts daran zu ändern, daß sich im Parteivolk noch lange nicht überall die Überzeugung von der Zweckmäßigkeit der betreffenden Konjunkturmaßnahmen durchgesetzt hat. Um so mehr Anlaß besteht für uns, vor dem eidgenössischen Urnengang einige grundsätzliche Betrachtungen zu den genannten Abstimmungsvorlagen anzustellen.

Es ist Aufgabe jeder fortschrittlichen Konjunkturpolitik, nicht nur die Vollbeschäftigung zu sichern, sondern auch zur Erhaltung der *Kaufkraft* des Geldes Sorge zu tragen. In unserer Zeit anhaltender Hochkonjunktur ist die Kaufkraft des Schweizer Frankens immer mehr gefährdet; denn wo die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen das Angebot übersteigt, ist das Resultat: Preissteigerungen, vermehrte Nachfrage nach Arbeitskräften und eine verstärkte Investitionsneigung der Unternehmer. Am Ende dieser Entwicklung steht die Inflation.

Man scheint es nun auch außerhalb der Sozialdemokratie eingesehen zu haben: Das Gleichmaß im Wachstum von Angebot und Nachfrage stellt sich in der Marktwirtschaft *nicht automatisch ein*. Aus dieser Tatsache ergibt sich die Konsequenz, daß eine verantwortungsbewußte Regierung nicht mehr darauf verzichten kann, sich um eine aktive Konjunkturpolitik zu bemühen.

II.

Es bleibt somit nur noch die Frage, ob die Konjunkturvorlagen einer näheren Prüfung standhalten. Auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei wird die Frage nicht eindeutig beantwortet. Es fällt vielmehr auf, daß im Parteivolk das Mißtrauen insbesondere gegenüber dem Kreditbeschluß stark verbreitet ist. Es erklärt sich dies vor allem aus der Tatsache, daß es dem einzelnen immer schwerer fällt, sich in einer vielschichtigen und unübersichtlich gewordenen sozialökonomischen Welt ein Urteil über zweckmäßige Maßnahmen einer aktiven Konjunkturpolitik zu machen. Wir fühlen uns in eine weitgehend von außen geleitete Wirtschaftsgesellschaft hineingestellt, und wir vermögen immer weniger aus eigener Erfahrung heraus zu erkennen, welches die wesentlichen Zusammenhänge und Notwendigkeiten sind, durch welche eine moderne Wirtschaftsgesellschaft charakterisiert ist. Immer mehr begnügt sich der einzelne damit, den auf bloße Einkommens- und Verbrauchssteigerung ausgerichteten Trends unserer Konsumgesellschaft zu folgen. Daher auch sein Mißtrauen gegenüber allen Maßnahmen, die dem volkswirtschaftlich schädlichen Zuviel an Investitionen entgegenwirken sollen. Hier zeigt sich die Bedeutung der *politischen Bildungsaufgabe*. Von ihrer Lösung hängt es entscheidend ab, ob es dem einzelnen überhaupt möglich ist, die in den politischen Meinungskampf geworfenen Argumente noch begreifen und richtig würdigen zu können.

III.

Wer sich die Mühe nimmt, die Unterlagen zu den beiden Konjunkturvorlagen näher zu prüfen, insbesondere die Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über Maßnahmen auf dem Gebiete des Geld- und Kapitalmarktes und des Kreditwesens sowie über konjunkturpolitische Maßnahmen auf dem Gebiete der Bauwirtschaft vom 24. Januar 1964, wird mindestens zugeben müssen, daß mit dem Kreditbeschluß, vor allem aber mit dem Baubeschluß ein ernsthafter und längst fälliger Versuch unternommen wird, ohne Rücksicht auf Gruppeninteressen die Belange der Volkswirtschaft zu wahren. Gewiß erscheinen einzelne Bestimmungen insbesondere des Kreditbeschlusses als problematisch. Dieser Umstand genügt indessen noch nicht, um eine ablehnende Haltung zu rechtfertigen. Es gilt vielmehr, das Positive zu sehen, und dieses überwiegt die negativen Aspekte: *Endlich wird auf dem Gebiet der aktiven Konjunkturpolitik ein entscheidender Schritt nach vorne getan.*

IV.

Der Umstand, daß die beiden Konjunkturvorlagen im EVD vorbereitet wurden, sollte für uns kein Grund sein, nein zu sagen. Es ist längst bekannt, daß die intelligenten freisinnigen Staatsmänner rasch genug jede dogmatische

Voreingenommenheit abzulegen pflegen, sobald sie Verantwortung für das Gemeinwohl zu tragen haben. Auch Bundesrat *Schaffner* dürfte kaum bestreiten, was der bekannte Nationalökonom und Soziologe Prof. Dr. *Salin* von der Universität Basel in dem eingangs zitierten Referat über die liberale Wirtschaftspolitik ausgesagt hat. Wollen wir nun den fortschrittlicheren Liberalen gram sein, daß sie an ihrem wirtschaftspolitischen Konzept erhebliche Korrekturen vornehmen, von einem überholten Modell-Denken abrücken und sich – endlich – auch im wirtschaftlichen Raum zu Auffassungen bekennen, mit denen sie den notwendigen Beitrag an die großen Gemeinschaftsaufgaben der Zukunft leisten können. Deshalb sollten wir uns auch vom freisinnigen Ja nicht stark beeindrucken lassen. Ein großer Teil des Freisinns wird ohnehin mit halbem Herzen für die dirigistischen Konjunkturmaßnahmen stimmen, und es wird immer noch genug Freisinnige geben, die – mit Nationalrat Reißig voran – am 28. Februar nein sagen werden, zumal sich ihre «liberale» Haltung aus einem reinen Gruppenegoismus heraus erklärt. Ebenso wenig erschüttern sollte uns die Tatsache, daß zum Beispiel die Schweizerische Bankiervereinigung ein Zugeständnis an die Konjunkturvorlagen machte. Die Argumentation, daß unser Ja eine Fehlleistung darstellen müsse, wenn auch die Bankiers ja sagten, ist zu kurzichtig, um ernst genommen zu werden. Warum soll der Bankier nicht wie der «kleine Mann» alles Interesse haben, daß die Kaufkraft des Schweizer Frankens erhalten bleibt? Soll nun der «kleine Mann» nein sagen, nur weil es dem Bankier auch etwas nützt? Der «Nebelspalter» hat einmal – im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Finanzordnung – dieser erstaunlichen Logik das hübsche Verslein gewidmet:

«Gern hätten wir sie unterstützt
Indem daß sie uns Nutzen bringt,
Daß sie auch allen andern nützt
Ist was uns Nein zu sagen zwingt.»

V.

Anlässlich einer kürzlichen Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich äußerte sich mein Parteifreund Dr. Fritz *Pesch* im kritischen Sinne gegen den Kreditbeschluß, und zwar vor allem mit der Begründung, wir hätten nun schon zur Genüge dem «kleinern Übel» zugestimmt. So richtig diese kritische Bemerkung auch ist (ich denke da insbesondere an die verschiedenen Preiskontrollvorlagen des Bundesrates), (Landwirtschaftsgesetz, der Korr.), so trifft sie meines Erachtens in bezug auf die beiden Konjunkturvorlagen nicht zu. Insofern muß ich meinem Parteifreund widersprechen (was mir um so leichter fällt, als er mittlerweile Oberrichter geworden ist). Die Vorlage kann nicht einfach als ein einseitiges Machwerk des EVD abgetan werden. Es steht vielmehr fest, daß die beiden sozial-

demokratischen Bundesräte einen maßgebenden Einfluß auf die beiden umstrittenen Bundesbeschlüsse hatten. Was schrieb mein Freund Fritz Pesch noch unlängst an dieser Stelle?: Daß der für die konservative Politik unserer politischen Gegner charakteristische Slogan «keine Experimente» das dümmste politische Losungswort sei. Unsere Bundesbehörden sind nun auf dem Gebiet der Konjunkturpolitik – leider zu spät – in das Stadium des Experimentierens geraten. Wollen wir ihnen nun in den Arm fallen? Ausgerechnet wir Sozialdemokraten, die wir immer erklärt haben, die Wirtschaft sei gestaltungsbedürftig und Freiheit sei noch lange kein Widerspruch zur Planung? Mit Recht hat Nationalrat U. Götsch anläßlich der genannten Delegiertenversammlung darauf hingewiesen: Wenn die Konjunkturvorlagen verworfen werden, bedeutet dies für den Bundesrat bestimmt keine Aufmunterung, in nächster Zeit wieder einmal eine Maßnahme zugunsten einer konstruktiven Wirtschaftspolitik in Erwägung zu ziehen.

VI.

Die «Wirtschaftsrevue» vom Januar 1965 schließt ihren Leitartikel unter dem Titel «Mit falschen Karten» mit dem nicht eben zukunftssträchtigen Satz:

«Nur wenn der Souverän die beiden Vorlagen verwirft, kann er den Bundesrat zwingen, sich etwas mehr Mühe zu geben und taugliche Maßnahmen zur Teuerungskämpfung auszuarbeiten.»

Welche tauglichen Maßnahmen der Bundesrat treffen sollte, verschweigt die «Wirtschaftsrevue» wohlweislich. Da spielt denn das Aktionskomitee der Vereinigung für soziale Marktwirtschaft mit offeneren Karten, wenn es ausführt: «Wir brauchen keine Behörden, welche dem Unternehmen die Investitionsentscheidungen vorwegnehmen . . .» (!) *Den Stil dieser Politik kennen wir zur Genüge: er heißt, die Probleme auf sich beruhen lassen.* Wer diese – einfalloseste – Politik ablehnt, kommt nicht darum herum, zu einer aktiven Konjunkturpolitik ja zu sagen. Die Sozialdemokratie hat den Mut dazu.

DR. OEC. PUBL. BERNHARD WECK

Die undurchsichtige Dividende

Aus durchsichtigen Gründen sind gewisse Kreise daran interessiert, über das Wesen der Dividende einen undurchsichtigen Schleier zu legen. Die Arbeiterschaft kann daran keinesfalls desinteressiert sein. Gegenwärtig stehen nämlich folgende zwei Fragen im Vordergrund der Diskussion:

1. Wenn Lohnforderungen gestellt werden, so stützt sich die Arbeiterbewegung traditionellerweise unter anderem auch auf die Entwicklung im Sektor Dividenden.